



4/2020

## ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

*Liebe Leserinnen und Leser,*

neben der öffentlichen Hysterie um die Ausbreitung des Coronavirus—und dabei verkenne ich nicht die Gefahren, die von einer solchen Epidemie ausgehen können - ging eine kleine Meldung fast unter. Die Internationale Automobilmesse IAA wird zukünftig in München stattfinden.

Das ist vielleicht für viele keine so entscheidende Botschaft, aber der dahinterliegende Vorgang ist schon bemerkenswert. Neben München hatte sich auch Berlin, erfolgsverwöhnt und arm, aber sexy, um diese Messe beworben. Diese IAA strahlt ebenso in die Welt wie z.B. auch die abgesagte Tourismusmesse ITB. Während sich die Bayrische Landesregierung, gemeinsam mit der Stadt München, mächtig ins Zeug legte, um die Messeausrichter von ihrem Konzept zu überzeugen, waren die Berliner, und hier vor allem die grüne Wirtschaftssenatorin, sich gar nicht sicher, ob sie mit Autos überhaupt noch etwas im Sinn hätten. Folgerichtig sind sie nun raus aus dem Rennen und im Senat machen sich SPD und Grüne gegenseitig Vorwürfe.

Es ist symptomatisch für die Lage in Deutschland. Während hier lang und breit und endlos über neue Technologien und deren Anwendung diskutiert wird, ständig nur die Gefahren beschworen werden, packen unsere Mitbewerber die Dinge tatkräftig an und setzen vor allem auf die Chancen. Und dann wundern wir uns, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands immer schwächer wird.

Die Grünen meinen ja, den Fortschritt für sich gepachtet zu haben. Aber es ist genau andersherum. Die Grünen und ihre Freunde, NGOs und auch die Kirchen blockieren mit ständigen Gefahrendiskussionen den Fortschritt in unserem Land. Die Auswirkungen dieser Strategie werden wir in den nächsten Jahren schmerzlich spüren. Bleibt zu hoffen, dass wir nicht, wie Berlin, auf der Verliererstraße landen, sondern noch rechtzeitig die Kurve kriegen.

Ein schönes Wochenende wünscht Ihnen

Ihr

*Andreas Lämmels*

## DIE WOCHEN IM PARLAMENT

**Vereinbarte Debatte zu „Rechtsextremismus und Hass entschieden bekämpfen – Konsequenzen aus den rechtsterroristischen Morden von Hanau“.** Am Donnerstag begann das Plenum mit einer vereinbarten Debatte zum Rechtsextremismus nach der Tat von Hanau. Wir vertrauen auf den Generalbundesanwalt und die ermittelnden Polizeibehörden, dass die Hintergründe dieser rechtsextremistischen Tat schnell und entschlossen aufgeklärt werden. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus hat oberste Priorität. Unseren schon eingeschlagenen Weg mit einem massiven Personalaufbau bei den Sicherheitsbehörden und mit einer regelmäßigen Überprüfung, ob Polizei und Verfassungsschutz alle notwendigen Befugnisse für eine effektive Tätigkeit zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger haben, werden wir weitergehen.

**Digitalisierung des Planens und Bauens.** In vielen Städten, Landkreisen und Gemeinden wird mehr bezahlbarer Wohnraum für Geringverdiener und die breite Mittelschicht benötigt. Die Digitalisierung kann einen wichtigen Beitrag zur Effizienzsteigerung im Bauwesen leisten. Die Unionsfraktion will mit einem Antrag aufzeigen, wie der Prozess der Digitalisierung im Baubereich beschleunigt und durch die Bundesregierung vorangetrieben und unterstützt werden kann. Hier sehen wir die Etablierung des sog. „Building Information Modeling“ als Chance, mit dem die Digitalisierung des Planens, Bauens und Nutzens von Bauwerken gebündelt wird. Ziel ist es, in der Planung, in der Ausführung und später bei der Bewirtschaftung leichter mit allen Beteiligten zu kommunizieren.

**Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ (Ganztagsfinanzierungsgesetz).** Der Bundestag hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf beraten, mit dem das Sondervermögen „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ errichtet werden soll. Das Sondervermögen ermöglicht Finanzhilfen des Bundes an die Länder für den quantitativen und qualitativen investiven Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter. Der Bund stellt dem



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Sondervermögen einmalig 2 Milliarden Euro zur Verfügung, davon 1 Mrd. Euro im Jahr 2020 und 1 Mrd. Euro im Jahr 2021. Das Sondervermögen wird aufgelöst, nachdem die Finanzmittel verbraucht und die gesetzlichen Aufgaben des Sondervermögens erfüllt sind, spätestens am 31. Dezember 2028.

**Zweites Gesetz zur Änderung des THW-Gesetzes.** Ebenfalls in erster Lesung beraten wurde über eine Reform des THW-Gesetzes. Mit dem Gesetzentwurf soll das THW-Gesetz an aktuelle und künftige Anforderungen angepasst und zur Stärkung des THW-Ehrenamts überarbeitet werden. Dazu sollen insbesondere die Freistellungsregelungen moderat ausgedehnt werden, um die ehrenamtliche Mitarbeit im THW zu fördern. Zudem sollen einige Bestimmungen zum Datenschutz an die EU-Datenschutzgrundverordnung angepasst werden.

**Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz).** Das Gesetz schafft die Voraussetzung für die geologische Landesaufnahme sowie für die Sicherung geologischer Daten und vereinheitlicht die Pflichten zur Übermittlung geologischer Daten im gesamten Bundesgebiet. Darüber hinaus sind Regelungen zum Zeitpunkt der öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten enthalten. Geologische Daten werden für zahlreiche Aufgaben des Bundes und der Länder benötigt, z. B. für die Endlagersuche sowie die nachhaltige Rohstoffversorgung.

# KOHLEAUSSTIEG

Zusammen mit einer Vielzahl anderer Länder hat Deutschland 2015 das **Pariser Klima-Abkommen** unterzeichnet, um einen globalen Temperaturanstieg über 2°C zu verhindern. Im Rahmen dieser Vereinbarung haben alle Länder ihre eigenen nationalen Beiträge zur CO<sub>2</sub>-Reduktion definiert.

Diese Woche startete mit der ersten Lesung im Bundestag das parlamentarische Verfahren für das **Kohleausstiegsgesetz. Damit sollen CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Energiewirtschaft reduziert werden.** Die Energiewirtschaft leistet bereits einen hohen Beitrag bei der Reduktion (siehe Grafik unten). Nun müssen auch die anderen Sektoren folgen.

Ziel des Gesetzentwurfs ist es, Stein- und Braunkohlekraftwerke schrittweise stillzulegen oder umzurüsten. 2017 betrug die Leistung von Kohlekraftwerken in Deutschland noch 42,5 Gigawatt (GW). Diese Leistung wird bis 2038 auf null reduziert. Als Zwischenschritte sind Leistungen von 30 GW im Jahr 2022 und 17 GW im Jahr 2030 vorgesehen. 2032 gilt es dann zu überprüfen, ob bereits 2035 auf die Kohleverstromung in Deutschland verzichtet werden kann.

Für einen geordneten Ausstieg aus der Braunkohle führt das Bundeswirtschaftsministerium Gespräche mit den Betreibern. Bei diesen Gesprächen hat man sich darauf verständigt, dass die ersten Stilllegungen bei den älteren Kraftwerken im Westen Deutschlands erfolgen sollen. In der Lausitz soll es erst 2028-2029 zu ersten Anschaltungen kommen.

## Braunkohle- kraftwerksblöcke

Geplante Stilllegung

- bis 2022
- 2025 - 2027
- 2028 - 2029
- 2034 - 2035
- 2038



bmwi.de

### Klimaschutz in Deutschland: Wunsch und Wirklichkeit

Deutschland will seine CO<sub>2</sub>-Emissionen laut Klimaschutzplan bis 2030 um 56 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Um dieses Ziel noch zu erreichen, müsste die Treibhausgasreduktion zwischen 2016 und 2030 dreimal so schnell erfolgen wie bisher

	CO <sub>2</sub> -Emissionen in Millionen Tonnen			Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent	
	1990	2016	Ziel für 2030	1990 bis 2016 (Ist)	2016 bis 2030 (Soll)
Energiewirtschaft	466	343	175	-1,2	-4,7
Gebäude	209	130	70	-1,8	-4,3
Verkehr	163	166	95	0,1	-3,9
Industrie	283	188	140	-1,6	-2,1
Landwirtschaft	88	72	58	-0,8	-1,5
Sonstige	39	10	5	-5,1	-4,8
<b>Insgesamt</b>	<b>1.248</b>	<b>909</b>	<b>543</b>	<b>-1,2</b>	<b>-3,6</b>

Quellen: Bundesregierung, Bundesumweltministerium, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Neben den klimapolitischen Zielen wird fortlaufend auch die Auswirkung des Kohleausstiegs auf den Strompreis überprüft. Zuschüsse können laut Gesetzentwurf ab 2023 gewährt werden, um den Preis für Stromkunden und Unternehmen stabil zu halten.

Außerdem gibt es sogenannte Haltepunkte, an denen die Energieversorgung in Deutschland auf den Prüfstand

gestellt wird. Sollten Wissenschaftler anhand noch zu bestimmender Indikatoren zu der Einschätzung gelangen, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Strom oder Wärme in Gefahr ist, werden die Stilllegungen der Kraftwerke ausgesetzt. Hier wird im parlamentarischen Verfahren noch zu diskutieren sein, welche Parameter herangezogen werden, um die Versorgungssicherheit zu messen und einer Gefährdung vor allem des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu begegnen.

Neben dem Kohleausstieg wird mit dem Gesetz auch das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz verändert. Durch eine Verlängerung und eine Erhöhung des Kohleersatzbonus soll ein Anreiz gesetzt werden, Kohle-KWK durch moderne Gas-KWK-Systeme zu ersetzen. Statt Kohle wird in Zukunft das weniger klimaschädliche Gas zur Produktion von Strom verwendet. Gas ist wichtig, um in Zeiten, in denen keine Sonne scheint oder kein Wind weht, die Versorgung der Bevölkerung und der Industrie zu gewährleisten.

# BEGEGNUNGEN



Nächster Halt Delhi! Gemeinsam mit Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses war ich in der letzten Woche in Indien unterwegs. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft standen die Themen Energie und Technologietransfer.



Die Projektgruppe Afrika-Partnerschaften traf Mitglieder der New Patriotic Party aus Ghana. Nach einem Gespräch auch mit dem Unternehmen City Waste Recycling steht fest: Es bestehen in Ghana erhebliche wirtschaftliche Chancen in der Abfallwirtschaft, die mit Unterstützung deutscher Entsorgungsunternehmen gehoben werden können – vom Recycling und der Weiterverarbeitung bis hin zur Herstellung von neuen Produkten. Der Aufbau einer verbesserten Abfall- und Kreislaufwirtschaft in Ghana schafft zudem neue Arbeitsplätze und verbesserte Lebensbedingungen für die lokale Bevölkerung. Die Diskussion zu konkreten Investitionsmöglichkeiten werden wir mit deutschen Unternehmen und der ghanaischen Regierung fortführen.



Hut ab vor Sara und Yunus, die für eine Präsentation für den mittleren Schulabschluss das Thema "Kohleausstieg und Alternativen" gewählt haben. Gern stand ich den beiden heute Rede und Antwort.

## HERZLICH WILLKOMMEN

Praktikantinnen im Doppelpack:

In den nächsten Wochen wird **Alina Kalika**, Studentin der Diplomatischen Akademie Moskau, meine Arbeit in Berliner Büro unterstützen.

**Marwa Salloum**, die an der TU Dresden Internationale Beziehungen studiert, greift meinem Dresdner Team unter die Arme.

## TERMINE

09.03.2020, Berlin

Öffentliche Anhörung zum Geologiedatengesetz

10.03.2020, Berlin

Africa meets Business

11.03.2020, Berlin

Gespräch mit Deutscher Bank zur Finanzierung des Auslandsgeschäfts

12.03.2020, Berlin

Helmholtz-Forschungsfrühstück

Beiratssitzung der Deutsch-Mosambikanischen Gesellschaft

13.03.2020, Berlin

Frühstück der Arbeitskreise der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit unserem Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus MdB

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: [newsletter@andreas-laemmel.de](mailto:newsletter@andreas-laemmel.de) / [www.andreas-laemmel.de](http://www.andreas-laemmel.de) / [www.facebook.com/laemmelmdb](https://www.facebook.com/laemmelmdb)